LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/6120**

24.06.2014

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Betreibt das Ministerium des Inneren NRW gezielt Desinformation um Demokraten zu verunglimpfen?

I. Sachverhalt

Am Abend der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am 25. Mai 2014 wurde das Dortmunder Rathaus von rechten Gewalttätern überfallen. Zum Zeitpunkt des Überfalls waren keine Polizeikräfte vor Ort, um den Gewalttätern Einhalt zu gebieten.
Nachdem der Aufzug der rechten Gewalttäter durch die im und am Rathaus anwesenden Menschen bemerkt worden war, stellten sich mehr als 100 Demokraten direkt vor das Rathaus, um ein Zeichen gegen die rechten Gewalttäter zu setzen. Dieses Zeichen von Zivilcourage wurde durch die rechten Gewalttäter mit Schlägen, Tritten und Reizgas beantwortet. Die vor dem Rathaus anwesenden Menschen verhielten sich fast ausschließlich passiv.
Die kurz darauf eintreffenden acht Polizeikräfte schützten die Menschen vor dem Rathaus, unter großem persönlichem Einsatz und ebenfalls unter dem Risiko für die eigene Gesundheit, vor den angreifenden rechten Gewalttätern. Diese Tatsachen sind auf diversen Videoaufnahmen eindeutig dokumentiert.

Der am 23. Juni 2014 vom MIK vorgelegte Bericht zu den o.g. Vorgängen zeichnet ein völlig anderes Bild. Verglichen mit dem vorliegenden und größtenteils öffentlichen Videomaterial, ist das Bild, das der Bericht des MIK zu zeichnen versucht, nicht nachzuvollziehen.

Im Einzelnen werden im Bericht:

- Gewaltopfer auf eine Stufe mit Gewalttätern gestellt
- den demokratischen Demonstranten von Seiten der Polizei Gewalttaten unterstellt
- mehrfach gezielt und wider besseres Wissen falsch informiert
- der Eindruck erweckt, die rechten Gewalttäter hätten sowohl im Vorfeld wie auch im Einsatz vollumfänglich mit der Polizei und dem Staatsschutz friedlich kooperiert
- der Eindruck erweckt, es habe keine volksverhetzende Thesen durch die rechten Gewalttäter gegeben
- der Eindruck erweckt, es sei nicht die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen worden

Datum des Originals: 24.06.2014/Ausgegeben: 24.06.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

- von der Polizei bedauernd festgestellt, das man die Menschen, die vor dem Rathaus für unsere Demokratie eingestanden haben, leider nicht umstellen konnte
- demokratische Politiker durch den Vorwurf angeblicher Trunkenheit diskreditiert

II. Der Landtag stellt fest:

1. Der Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales spiegelt die Geschehnisse am Wahlabend vor dem Rathaus in Dortmund nicht wahrheitsgetreu wieder.
2. Die Darstellungen im Bericht sind in großen Teilen verharmlosend, soweit es die rechten Gewalttäter betrifft.
3. Der Bericht unterstellt den Menschen, die das Rathaus und die darin befindlichen Menschen durch eine Menschenkette geschützt haben, das gleiche Gewaltniveau wie den rechten Angreifern.
4. Die Polizei hat, zumindest an diesem Abend, nachweislich begangene Volksverhetzung nicht wahrnehmen und verhindern wollen
5. Im Bericht werden Demokraten diskreditiert.

III. Der Landtag beschließt:

1. Der Bericht des MIK ist als unwahr und tendenziös zurück zu weisen.
2. Das MIK wird aufgefordert, den Bericht als nicht wirklichkeitsgetreu zurückzunehmen.
3. Das MIK wird aufgefordert, bis zum Plenum im September 2014 einen neuen Bericht vorzulegen, in dem der Überfall auf das Dortmunder Rathaus objektiv aufgearbeitet wird.
4. Das MIK wird aufgefordert, das Demokratieverständnis seiner Polizeibeamten zu stärken und einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, welche Schulungsmaßnahmen notwendig sind, um den Polizeibeamten die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der rechten Gewalttäter zu verdeutlichen und den Beamten eine verfassungsrechtlich richtige Einschätzung von Überfällen, wie am Dortmunder Rathaus, zu ermöglichen.

Dr. Joachim Paul
Marc Olejak
Torsten Sommer

und Fraktion